

ANZEIGE



ANZEIGE

KOMMENTAR

Diese Koalition ist am Ende

Der sprichwörtliche Mut zur Lücke, die Bereitschaft also, sich auf das Wesentliche zu fokussieren, das Unwesentliche wegzulassen, gilt gemeinhin als positive Eigenschaft. Sie zeugt von einer Risikobereitschaft auf dem Weg zum schnellen Erfolg. Für die Aufstellung eines Bundeshaushalts gilt das leider nicht. Hier stehen die gewaltigen Milliardenlücken, die sich trotz angeblich 80 Stunden Verhandlungen zwischen Kanzler, Vizekanzler und Finanzminister immer noch auftun, vor allem dafür, wie mutlos die selbst ernannte Fortschrittskoalition ist. Sie ist weiter denn je von einem ambitionierten Zukunftsgeist entfernt. Sie ist am Ende.

KARSTEN SEIBEL

aber nicht mehr. Stattdessen lassen sie Ideen prüfen, von denen sie wissen, dass sie verfassungsrechtlich und wirtschaftlich zumindest heikel sind. Es geht um ungenutzte Mittel bei der Förderbank KfW und die Umwandlung von Zuschüssen in Darlehen für Bahn und Autobahngesellschaft. Senken die angerufenen Experten Anfang August ihre Daumen, muss innerhalb der Regierung wieder gesprochen werden. Die Schuldzuweisungen, wer für das Haushaltsdebakel dann verantwortlich ist, haben schon begonnen. Die Sozialdemokraten zeigen auf den Schuldenbremsenverteidiger Lindner, die Liberalen auf den sparsamwilligen Kanzler.

Finanzminister Christian Lindner (FDP) machte daraus bei der Vorstellung des Zahlenwerks kein Geheimnis. Alle Beteiligten seien für das kommende Jahr an die „Grenzen der Kompromissfähigkeit“ gegangen. Nicht weiter. Das Ampel-Kabinett verabschiedete einen Haushaltsentwurf mit einer Lücke von 17 Milliarden Euro. Das ist bis zu einem gewissen Grad „Staatspraxis“, wie Lindner zu Recht sagte. Nie wird alles Geld tatsächlich ausgegeben. Doch 17 Milliarden Euro sind definitiv zu hoch, es muss laut Finanzminister „in Richtung“ neun Milliarden Euro gehen. Darin ist er sich offenbar sogar mit Olaf Scholz (SPD) und Robert Habeck (Grüne) einig. Die Kraft, dies durch Einsparungen zu erreichen, hatten die drei

Wie ambitionslos diese Regierung agiert, wird an einer anderen Zahl in der nun verabschiedeten Finanzplanung noch deutlicher: Im Jahr 2028 klafft nicht nur eine Lücke von acht Milliarden Euro, sondern von 39 Milliarden Euro. Zum Schließen sei zuvor eine „politische Richtungsentscheidung“ nötig, sagte Lindner. Die Regierung müsse die Frage beantworten, ob man das Problem über Steuern und Schulden oder über Wirtschaftswachstum und Strukturreformen lösen wolle. Die Ampel-Regierung meinte er damit nicht mehr. Schon für den Bundeshaushalt 2026 werden andere verantwortlich sein. Das immerhin kann allen Bürgern ein wenig Mut machen.

karsten.seibel@welt.de

Angela Merkel hat am Mittwoch ihren 70. Geburtstag gefeiert. Davon wurden nicht nur Friedrich Merz und Markus Söder, sondern viele andere Menschen überrascht, die irgendwie das Gefühl hatten, Merkel habe doch schon siebzig Jahre lang regiert, da müsse sie doch eigentlich weit über hundert sein. Tatsächlich besaß Merkel diese einzigartige Fähigkeit, die Zeit zu dehnen oder genauer gesagt anzuhalten. Deshalb kam den meisten Bürgern ihre angeblich nur 16 Jahre lange Regierungszeit schier endlos vor. Man konnte wählen, was man wollte, am Ende regierte immer nur

ZIPPERT ZAPPT

Merkel. Deshalb hat nicht nur Jens Spahn den Eindruck, Merkel sei eigentlich mehr oder weniger an allem schuld. Wieso hat sie denn die Versailler Verträge unterschrieben? Warum hat sie den Zweiten Weltkrieg angefangen und dann auch noch verloren? Was hat sie mit dem Tod von Konrad Adenauer und Helmut Kohl zu tun? Welche Rolle spielte sie bei der ersten Mondlandung? Warum hat sie so völlig überhastet aufgehört zu regieren? War das tatsächlich eine Anweisung von Wladimir Putin? Und wie alt ist Angela Merkel denn nun wirklich?

Kurz vor der geheimen Abstimmung im Europäischen Parlament über eine zweite Amtsperiode als EU-Kommissionschefin musste Ursula von der Leyen am Mittwoch einen empfindlichen Rückschlag einstecken. Nach einem Urteil des Gerichts der Europäischen Union hat sie mit der Geheimhaltung von Informationen zu milliardenschweren Corona-Impfstoffverträgen in den Jahren 2020 und 2021 gegen europäisches Recht verstoßen.

VON CHRISTOPH B. SCHILTZ
AUS BRÜSSEL

Besonders mit Blick auf mögliche Interessenkonflikte und Entschädigungsregeln für Impfstoff-Hersteller habe die Brüsseler Behörde nicht ausreichend Zugang zu Dokumenten gewährt, entschied die Richter in Luxemburg. Geklagt hatten EU-Parlamentarier und Privatpersonen. Die Wiederwahl von der Leyens wird durch den Richterspruch aber nicht gefährdet. Es wird erwartet, dass die 65-Jährige deutlich besser abschneiden wird als im Jahr 2019. Damals stimmte nur eine hauchdünne Mehrheit von neun Stimmen für sie.

Dieses Mal dürfte von der Leyen 380 bis 430 von insgesamt 720 Stimmen erhalten. Ihre Wiederwahl könnte zu einem persönlichen Triumph für die frühere Verteidigungsministerin werden. Wie stark ihre Position in den kommenden fünf Jahren dann aber sein wird, bleibt abzuwarten. Die nächste EU-Kommission will sich künftig im Parlament auf eine sogenannte Plattform aus europäischen Christdemokraten (EVP), Sozialisten und Liberalen (Renew) stützen. Dieses Bündnis kommt auf 401 Stimmen. Erfahrungsgemäß gibt es im EU-Parlament bei derartigen Abstimmungen aber eine Quote von Abweichlern, sie liegt bei durchschnittlich 13 Prozent.

Im Fall der 77 Abgeordneten der liberalen Renew-Fraktion dürfte es noch mehr Nein-Stimmen und Enthaltungen geben, auch die deutschen FDP-Abgeordneten sehen von der Leyen skeptisch. Sie braucht also auch Unterstützung von Parteien, die nicht der Plattform angehören. EVP-Partei- und Fraktionschef Manfred Weber (CSU) wirbt seit Tagen um Unterstützung für von

Die einzige Kandidatin

Mit welchem Plan sich Ursula von der Leyen weitere fünf Jahre die Macht sichern will



Abstimmung im EU-Parlament: Ursula von der Leyen hofft auf eine deutliche Mehrheit

DENISE BALBOUSE/REUTERS

der Leyen und stilisiert die Abstimmung bewusst zu einer Schicksalswahl: „Wenn von der Leyen scheidet, riskieren wir viel Instabilität in Europa.“

Noch deutlicher wird Daniel Caspary (CDU), Chef der deutschen Unionsab-

geordneten im EU-Parlament: „Es fehlen 25 Prozent der Stimmen zur absoluten Mehrheit, deswegen brauchen wir Partner“, sagte er. „Wenn Ursula von der Leyen scheidet, dann scheidet nicht nur Ursula von der Leyen, dann

scheitern auch nicht nur wir Christdemokraten. Sondern ich meine, dann scheitern alle Demokraten in Europa. Dann haben wir Chaos in Europa.“ Diese Warnung vor Instabilität soll vor allem die Herzen der Grünen erreichen. Aus Sicht der Mehrheitsfraktion EVP (188 Abgeordnete) gelten sie – ebenso wie die Liberalen – als unsichere Kantontenisten und fragile Gruppe mit einer schwachen Führung.

Von der Leyen hat in den vergangenen Wochen viel Zeit investiert und unzählige persönliche Gespräche mit Abgeordneten geführt, um die Grünen hinter sich zu bringen. Das dürfte sich bei der Abstimmung am heutigen Donnerstag auszahlen. Mindestens die Hälfte der 53 grünen Parlamentarier dürfte – im Gegensatz zur nahezu vollständigen Ablehnung im Jahr 2019 – für sie stimmen. Unterstützung für von der Leyen wird auch von den 24 Abgeordneten der italienischen Regierungspartei von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, den „Fratelli d'Italia“, kommen. Sie gehören der rechtspopulistischen und viertstärksten Fraktion im Straßburger Parlament, Europäische Konservative und Reformer (EKR), an.

Anders als im Europawahlkampf haben zuletzt weder Sozialisten noch Liberale und Grüne von der Leyen wegen der offensichtlichen Unterstützung durch Meloni attackiert. Es ist davon auszugehen, dass Regierungsmitglieder aus den Mitgliedsländern, wie etwa Kanzler Olaf Scholz, der grüne Vizekanzler Robert Habeck oder Spaniens sozialistischer Regierungschef Pedro Sanchez, die Abgeordneten in Straßburg zurückgepfiffen haben. Seitdem die Liberalen in den Niederlanden die rechtsextreme Partei PVV von Geert Wilders unterstützen, sind auch die europäischen Liberalen in dieser Frage ganz still geworden.

Um eine möglichst große Mehrheit zu erhalten, muss von der Leyen vor der Abstimmung die beste Rede ihres Lebens halten: Sie muss möglichst viele unterschiedliche Fraktionen überzeugen und darf gleichzeitig nur wenige Abgeordnete verprellen, aber sie muss auch begeistern, ohne unglaubwürdig zu wirken und ins Phrasenhafte zu verfallen. Es wird in ihrer Rede um die Politik der EU-Kommission für die kommenden fünf Jahre gehen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 5

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410
Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen. Tel. 030 / 2 59 10 E-Mail kontakt@welt.de Anzeigen 030 / 58 58 90
E-Mail anzeigen@welt.de Kundenservice DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin
Tel. 0800 / 9 35 85 37 (Mo-Sa: 7 bis 19 Uhr) E-Mail kundenservice@welt.de

WORLD
EUROPEAN
Klimaneutrales
Produkt
Druckerei
Druckerei
Druckerei

Mehr Informationen
unter welt.de/
verantwortung

ISSN 0173-8437 138-29 ZKZ 7109

A 3,50 € • B 3,90 € • CH 4,80 CHF •
DK 30,50 DKK • E/I/C 4,10 € • GR 4,10 €
• 14,10 € • L 3,50 € • PL 17 PLN



WELT ERKLÄRT



Die vollelektrischen Modelle
von Mercedes-Benz.

MEHR IN DIESER ZEITUNG

WWW.WELT.DE/WELT-ERKLAERT

Ein Angebot des Werbepartners Mercedes-Benz AG, Mercedesstraße 120, 70372 Stuttgart. Die WELT-Redaktion war nicht beteiligt.

Kontrollen laufen dort aus, wo die Migration wächst

Viele unerlaubte Einreisen an westlichen Grenzen

Die EM ist vorbei, und das heißt: Die bundesweiten verstärkten Grenzkontrollen laufen am Freitag aus. Es bleiben die Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz, die es bereits seit vergangener Herbst gibt – zunächst bis Mitte Dezember, in Österreich bis Mitte November. An der deutsch-französischen Grenze soll die Bundespolizei noch bis kurz nach dem Ende der Olympischen Spiele am 11. August kontrollieren. Danach geht es nach dem Willen von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) dort zurück zur Schleierfahndung.

VON TIM DALDRUP

Dabei haben sich auch die West-Grenzen als stark frequentierte Routen für irreguläre Migration erwiesen. Das Bundesinnenministerium gibt für den Zeitraum vom 7. Juni bis zum 15. Juli, in dem die EM stattfand, bundesweit 8300 unerlaubte Einreisen an. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft weist darauf hin, dass ein Drittel der irregulären Migranten über Frankreich, Dänemark und die Beneluxstaaten sowie über die See- und Luftgrenze nach Deutschland gekommen seien. Auffällig ist Frankreich, wo die Bundespolizei allein durch die Schleierfahndung im Grenzraum zwischen Januar und Mai dieses Jahres bereits 3220 irreguläre Einreisen feststellte. Das sind etwa mehr als an der deutsch-tschechischen Grenze (3193), an der verschärft kontrolliert wird. Relevant ist auch die Komponente der Fahndungstreffer bei politisch motivierter Kriminalität. Davon hatte es laut der Gewerkschaft der Bundespolizei mindestens 110 in den fünf Wochen während der EM sowie kurz davor und danach gegeben. Frankreich spielt dabei eine zentrale Rolle.

„Mit Blick auf die Olympischen Spiele und die daraus resultierenden Grenzkontrollen werden wir ziemlich sicher erneut von der Notwendigkeit der Grenzkontrollen überzeugt“, sagt der Vizechef der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Manuel Ostermann, WELT. „Insbesondere bezogen auf die terroristische Bedrohungslage sind die Kontrollen an der französischen Grenze unbedingt zielführend. Wir wissen, dass aus Frankreich Islamisten nach Deutschland kommen, um hier ihre verfassungsfeindliche Ideologie weiterzutragen.“ Deshalb seien Grenzkontrollen neben der Verhinderung grenzüberschreitender Kriminalität und unerlaubter Einreisen auch Terrorabwehr. Die meisten unerlaubten Einreisen verzeichneten die deutschen Behörden in den ersten fünf Monaten 2024 allerdings über die verschärft überwachten Landgrenzen zu Polen (7858), Österreich (5595) und der Schweiz (5393). Über die Luftgrenze reisten 5710 Personen unerlaubt ein. Insgesamt registrierte die Bundespolizei 34.634 unerlaubte Einreisen bis Ende Mai – im Vergleich zum Vorjahr (35.877) sind die Zahlen leicht rückläufig.

Befürworter der Grenzkontrollen sehen dies als Zeichen dafür, dass die Kontrollen abschreckend gegen irreguläre Migration nach Deutschland wirken. Dass die Zahlen trotzdem deutlich höher als vor der Corona-Pandemie (2019: 16.808) liegen, hängt mit der wieder gestiegenen Asylnigration Richtung Europa sowie der Fluchtbewegung aus der Ukraine zusammen.

So reisten über die Ost-Grenzen am meisten Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit unerlaubt ein – aus Polen: 2712; aus Tschechien 1078. Grundsätzlich ist es Ukrainern bis zum Ende dieses Jahres zwar erlaubt, auch ohne Aufenthaltstitel rechtmäßig nach Deutschland einzureisen. Innerhalb der ersten 90 Tage muss dann ein Aufenthaltstitel beantragt werden; meist ist dies die Gewährung eines sogenannten vorübergehenden Schutzes. Bei den unerlaubt Eingereisten handelt es sich laut Bundespolizei aber um Personen, die etwa keinen solchen Aufenthaltstitel haben. Dies können Ukrainer sein, die bereits in einem anderen EU-Staat Schutz erhalten haben, für die dann normale Einreisebestimmungen gelten. Ebenso trifft dies auf Ukrainer zu, deren deutscher Aufenthaltstitel erloschen ist, da sie sich länger als sechs Monate nicht in Deutschland aufhielten – dann aber wieder nach Deutschland einreisen wollten. An den Grenzen zu Österreich und der Schweiz waren es Syrer, die am häufigsten irregulär einreisten (1801 beziehungsweise 1395). Auch insgesamt reisten über die Grenzen zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz in dem Zeitraum mehr Syrer (471) als Ukrainer (4484) unerlaubt ein. Auf Rang drei liegen afghanische Staatsangehörige mit 2287 unerlaubten Einreisen. Menschen, deren Staatsangehörigkeit nicht zweifelsfrei festgestellt werden konnte, sind in der Statistik nicht enthalten.

Da die Bundespolizei nicht jeden Grenzübergang effektiv überwachen kann, ist eine Schätzung der Dunkelziffer für unerlaubte Einreisen nur schwer möglich. Ein Indiz dafür, dass die verschärften Grenzkontrollen einen Abschreckungseffekt haben, könnte jedoch ein Blick in die Eingangsstatistik der Asylanträge bei den Erstaufnahmeeinrichtungen sein. Dort verzeichnete das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (BAMF) im ersten Halbjahr 2023 noch 143.046 Erstanträge – 2024 waren es 121.416. Neben den unerlaubten Einreisen kann die Bundespolizei vorrangig an den stationär kontrollierten Grenzen auch direkt Menschen vor Betreten des deutschen Staatsgebiets zurückweisen. So wurden bis einschließlich Mai 17.026 Menschen zurückgewiesen: die höchste Anzahl an der Schweizer Grenze (4813), gefolgt von Polen (4617), der Luftgrenze (3106), Österreich (2851) und Tschechien (1504). An der Grenze zu Frankreich wurden nur 89 Zurückweisungen durchgeführt, da dort erst seit Juni stationär kontrolliert wird.



Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) gab sich nach dem Haushaltsbeschluss des Bundeskabinetts am Mittwoch betont optimistisch. Mit dem dort beschlossenen Kinderpaket würden „Signale für gutes Aufwachsen in Deutschland“ gesetzt, so die Ministerin. Vier Milliarden Euro würden in den kommenden zwei Jahren in die Qualität der Kitas investiert. Und: „Die Erhöhung von Kindergeld, Kindersofortzuschlag und Kinderfreibetrag bereitet die erste Stufe der Kindergrundsicherung vor.“

VON SABINE MENKENS

Fünf Euro mehr Kinder-Sofortzuschlag pro Monat, fünf Euro mehr Kindergeld und eine entsprechende Erhöhung des Kinderfreibetrags von 60 Euro im Jahr soll es ab 2025 geben, insgesamt 1,8 Milliarden Euro wurden dafür zur Verfügung gestellt. Dazu wurden 1,1 Milliarden Euro zusätzlich für den Kinderzuschlag (KIZ) eingestellt, der seit der intensiven öffentlichen Debatte bekannter geworden ist und von immer mehr gering verdienenden Familien beantragt wird. Seit Dezember 2022 ist die Zahl der KIZ-Bezieher von 800.000 auf 1,24 Millionen gestiegen. „Dies ist das, was auf der Leistungsseite in dieser Wahlperiode zu tun ist“, hatte Finanzminister Christian Lindner (FDP) vergangene Woche gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland klargestellt.

Mit anderen Worten: Mehr Geld gibt es jetzt erst mal nicht für Kinder aus arbeitsbedrohten Familien. Aber ist das auch wirklich der Auftakt zur „ersten Stufe“ der Kindergrundsicherung, wie vonseiten der Grünen verbreitet wird? Noch liegt der bereits im September vorigen Jahres vom Kabinett beschlossene Gesetzentwurf zur Beratung im Bundestag. Der Beschluss sei damals nach längerem Ringen zwischen Paus, Lindner und Bundeskanzler Olaf Scholz

Nächster Dämpfer für Paus-Idee

Neuer Vorstoß der Familienministerin zur Rettung der Kindergrundsicherung löst Kritik bei Experten der zuständigen Behörde aus

(SPD) gemeinschaftlich gefallen, betonten die Grünen. Doch spätestens seit der Gesetzentwurf in der Expertenanhörung des Bundestags regelrecht zerpfückt wurde, will niemand mehr so recht etwas damit zu tun haben. Schnell wurde klar, dass die Idee der Bündelung aller familienbezogenen Leistungen und die Schaffung einer gemeinsamen Anlaufstelle für alle Kinder, auch für die im Bürgergeldbezug, schlicht zu ambitioniert war – und mit mehr als 5000 zusätzlich nötigen Stellen auch zu teuer. „Ein weiterer Schritt, also die Zusammenführung von Behörden, ist gegenwärtig nicht etatfähig“, sagte Lindner in der ARD. Darüber werde weiter zu sprechen sein.

Inzwischen beraten die Fraktionen über eine abgespeckte Variante des Gesetzentwurfs. Jetzt soll die Kindergrundsicherung erstmal in einer ersten Stufe eingeführt werden. Dazu gehört neben der Verbesserung der Leistungen vor allem der „Kindergrundsicherungsscheck“, ein Lieblingsprojekt von Paus. Künftig, so die Idee, sollen Familien aktiv vom Staat darauf aufmerksam gemacht werden, ob sie neben dem Kin-

dergeld Anspruch auf Zusatzleistungen wie den Kinderzuschlag haben. Damit wolle man „von der Holschuld der Bürger zur Bringschuld des Staates“ kommen, hat Paus wieder und wieder betont. Umsetzen soll diesen Digitalcheck die Bundesagentur für Arbeit. Die betreibt auch jetzt schon einen leicht zu bedienenden „KIZ-Rechner“, mit dem Familien sich nach Eingabe ihrer Daten ausrechnen lassen können, ob sie anspruchsberechtigt ist. Der Rechner wirft aus, wie viel Kinderzuschlag zu erwarten ist, und weist auch darauf hin, dass es zusätzlich Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und die Beitragsfreiheit in der Kita gibt. Danach kann man einen Antrag stellen. Das aber ist der Familienministerin offenbar nicht genug. Sie möchte, dass der Staat proaktiv auf die Bürger zugeht und sie auf ihre Ansprüche aufmerksam macht. Zunächst sollen alle Eltern von Neugeborenen angeschrieben werden, danach auch alle anderen Eltern. Sie sollen sich mit einer einmaligen Genehmigung bereit erklären, dass der Staat kontinuierlich auf ihre Daten zugreifen und ihre Bedürftigkeit prüfen darf.

Doch auch diese Idee hält der Realität nicht stand, wie es aus Behördenkreisen heißt. Denn die Bundesagentur für Arbeit kann über die Rentenversicherung lediglich auf die aktuellen Einkommensdaten der Arbeitnehmer zugreifen. Bei den Selbstständigen können diese Daten über die Finanzverwaltung nur mit bis zu zwei Jahren Verzögerung abgerufen werden. Und was noch schwerer wiegt: Daten zu den Ausgaben von Familien, etwa für Miete, Werbungskosten oder Unterhaltsleistungen, liegen schlicht nicht vor. Eine Auskunft über einen eventuellen Anspruch aber, die sich nur grob auf den Mietspiegel bezieht, ist für die Bürger wertlos. Um eine genaue Auskunft über die Anspruchsberechtigung zu bekommen, müssen die Bürger ihre konkreten Daten dann doch in einen Antragsrechner eingeben. Von einer „Bringschuld“ des Staates kann dann aber nicht mehr wirklich die Rede sein. Für diese Idee kann die FDP sich allerdings ohnehin nicht erwärmen. Der Staat habe keine Bringschuld bei Sozialleistungen, sagte Finanzminister Lindner: „Das Mindeste, was man bei einer sozialen Leistung erwarten kann, ist doch, dass die Menschen bereit sind, sich zu informieren und einen Antrag zu stellen.“

Doch auch die FDP-Idee eines „Kinderchancenportals“ scheint nicht ganz zu Ende gedacht. Die Liberalen stellen sich vor, dass Bürger sich auf einer Digitalplattform Leistungen wie Zuschüsse für eine Klassenfahrt oder den Sportverein um die Ecke aussuchen und mit ihrem Bildungs- und Teilhabebudget von 15 Euro im Monat direkt buchen können. Wie ein solches Portal zu verwalten ist, welche einheitlichen IT-Standards dafür gelten sollen und ob die vielen kleinen Träger und Vereine sich darauf einstellen können, steht in den Sternen. Aus Behördenkreisen heißt es dazu nur, das Projekt sei „sehr ambitioniert“.

Thüringer AfD wirbt im Wahlprogramm mit Nationalsozialist

Partei präsentiert Volkslied von Franz Langheinrich. Der Lyriker war glühender Nationalsozialist und Redakteur einer NS-Zeitschrift

Insgesamt 21 Zeilen sind dem Wahlprogramm der AfD Thüringen für die Landtagswahl am 1. September vorangestellt. Es handelt sich um den Text des Volkslieds „Rauscht ihr noch, ihr alten Wälder“ des Lyrikers Franz Langheinrich aus dem Jahr 1912. Langheinrich wird auf der ersten Seite des AfD-Programms namentlich erwähnt.

VON FREDERIK SCHINDLER

Damit wird klar: Die AfD wirbt mit dem Gedicht eines glühenden Anhängers des Nationalsozialismus. Der 1945 verstorbene Langheinrich war Teil der völkischen und nationalistischen Deutschen Kunstgesellschaft, die 1920 von völkischen Künstlern nach eigenen Angaben mit dem Ziel gegründet worden war, für eine „rein deutsche“ sowie gegen eine „Verrottung der Kunst“ einzutreten.

Laut der Kunsthistorikerin Kirsten Baumann, die zu völkischer und nationalsozialistischer Kunstkritik promovierte, handelte es sich bei der Deutschen Kunstgesellschaft um eine „extrem aggressive, völkisch-fundamentalistische Gruppierung“. Die Organisation ordnete Kunst mit biologischen

Zuschreibungen als „rasserein“ oder „artfremd“ ein. Um 1930 trat die Deutsche Kunstgesellschaft dem antisemitischen Kampfbund für deutsche Kultur des führenden NSDAP-Ideologen und späteren Kriegsverbrechers Alfred Rosenberg bei. Der paramilitärisch organisierte Kampfbund war 1933 an Säuberungsaktionen deutscher Museen und öffentlichen Bücherverbrennungen beteiligt, bei denen „undeutsche“ und „entartete“ Literatur vernichtet wurde.

Langheinrich, der nun prominent im Wahlprogramm der Thüringer AfD präsentiert wird, hielt für die Deutsche Kunstgesellschaft unter anderem im Januar 1935 eine Rede zum Thema „Bolschewismus in der Politik und in der Kunst“. In der von der Kunstgesellschaft herausgegebenen Zeitschrift „Das Bild“ hieß es im gleichen Monat: „Mit dieser Kampfansage schloß sich Franz Langheinrich aufs engste an die Kulturrede Alfred Rosenbergs vom 19. im Julmond (Dezember) 1934 im Sportpalast zu Berlin an, wo der vom Führer ernannte Wächter der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der Bewegung zum Kampf gegen jede Verfälschung der nationalsozialistischen Kulturabsichten aufgerufen hatte.“

Mindestens zwischen 1934 und 1936 veröffentlichte Langheinrich Texte in der NSDAP-Parteizeitung „Völkischer Beobachter“. Ab Juli 1935 war er für den Münchner Teil der Zeitschrift „Das Bild“ zuständig. Laut Baumanns Dissertation wurde er zu einem der wichtigsten Autoren. Demnach war die Zeitschrift „geprägt von offenem Antisemitismus“.

In der damals unter NS-Einfluss stehenden Zeitschrift „Das Bayerland“ bezog sich Langheinrich im Jahr 1937 positiv auf „Mein Kampf“ und auf eine Rede des damaligen Reichskanzlers Adolf Hitler. In einem weiteren Text aus diesem Jahr lobte Langheinrich die nationalsozialistische Propaganda-Ausstellung „Entartete Kunst“ und zitierte ebenfalls Hitler. WELT konnte die Texte in der vergangenen Woche in der Berliner Kunstbibliothek einsehen.

Im erstgenannten Text ist die Rede von „fremdblütigem Kunsthandlertum“ und dem „unseligen Geist, der die verheerende

Text von Langheinrich in „Das Bayerland“ vom September 1937

KUNSTBIBLIOTHEK/STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN/STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURERBISITZ

Seuche des Kunstbolschewismus über Deutschlands Grenzen hereinschleppte“. Abgebildet sind der Verwaltungsbau der NSDAP sowie der für Hitler in München gebaute Führerbau, in dem sich ein Büro des Diktators befand. „Am meisten zog mich die wunderbare Vermählung von urwüchsiger Kraft und feiner künstlerischer Stimmung an, diese einzige Linie vom Hofbräuhaus zum Odeon, vom Oktoberfest zur Pinakothek“, zitiert Langheinrich aus „Mein Kampf“.

Über Hitler schreibt Langheinrich: „Von München aus trat seine weltbewegende Idee des Nationalsozialismus

ihren befreienden Siegeszug an.“ Hitler habe „die Seuchennester des Kunstbolschewismus ausgeräuchert und die gründliche Reinigung der deutschen Kunstsammlungen und Kunstschulen mit unerbittlich festem Zugriff begonnen“. Deutschland reife „einem glücklich emporkühnenden Zeitalter entgegen“.

Im zweiten Text schreibt der Autor von einem „verkommenen Untermenschentum unter semitischer Führung“ sowie von „fremdrassigen Schunderzeugnissen“. Weiter schreibt Langheinrich: „Dann erst, wenn diese vollkommene Säuberung durchgeführt ist, werden die Spottgeburten entarteter Gehirne, die hohlen, gadenlosen Stümpelein unverschämter Nichtsköner wie ein wüster Traum hinter uns liegen – nach dem Wort des Führers: ‚Das eine wissen wir, daß unter keinen Umständen die Repräsentanten des Verfalls, der hinter uns liegt, plötzlich die Fahnen-träger der Zukunft sein dürfen.‘“

Der Historiker Jens-Christian Wagner, Professor für Geschichte an der Universität Jena sowie Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, sagte





Defining Electric.

Der neueste Stand der Elektromobilität.
Egal, ob modernste Technologien für mehr Reichweite
oder die Navigation mit Electric Intelligence: Die
vollelektrischen Modelle von Mercedes-Benz
können auf bis zu 80 Prozent ihrer Batteriekapazität
aufgeladen werden – in nur 31 Minuten¹!



SCANNEN
und die vollelektrischen Modelle
von Mercedes-Benz
interaktiv entdecken.

ZIEL:FÜHREND.

Technologie, die den Weg weist: sogar tatsächlich. Denn die Navigation mit Electric Intelligence findet die beste Ladeoption auf Ihrer Route. Dank Mercedes me Charge² mit Zugang zu einem der größten öffentlichen Ladenetzwerke in Europa.

ELEKTRISCH IN BESTFORM.

Die vollelektrischen Modelle von Mercedes-Benz legen dank aerodynamischem Design noch größere Strecken mit einer Batterieleistung zurück – der neue EQS sogar bis zu 821 Kilometer³.

GAME CHARGER.

Bis zu 80 % der Batteriekapazität in nur 31 Minuten¹ laden. Und mit Mercedes me Charge² erhalten Sie Zugriff auf eines der größten öffentlichen Ladenetzwerke in Europa.

WEITERE INFORMATIONEN FINDEN SIE UNTER: **WWW.WELT.DE/WELT-ERKLAERT**

Die Inhalte dieser Seite sind ein Angebot des Werbepartners Mercedes-Benz AG, Mercedesstraße 120, 70372 Stuttgart. Die WELT-Redaktion war nicht beteiligt.

¹ Die Ladezeit entspricht 10–80 % der Vollladung an einer DC-Schnelladesäule mit einer Versorgungsspannung von 400 V und einem Strom von mindestens 500 A.

² Um den Mercedes me connect Dienst Mercedes me Charge nutzen zu können, wird ein separater kundeneigener Ladevertrag mit einem ausgewählten Drittanbieter benötigt. Für die Nutzung dieser Dienste ist eine persönliche Mercedes me ID sowie die Zustimmung zu den Nutzungsbedingungen für die Mercedes me connect Dienste notwendig. Zusätzlich muss das jeweilige Fahrzeug mit dem Benutzerkonto verknüpft sein. Nach Ablauf der initialen Laufzeit von einem Jahr können die Dienste kostenpflichtig verlängert werden, sofern diese dann noch für das entsprechende Fahrzeug angeboten werden. Die erstmalige Aktivierung der Dienste ist innerhalb von 1 Jahr ab Erstzulassung oder Inbetriebnahme durch den Kunden möglich, je nachdem was zuerst erfolgt. Die Verbindung des Kommunikationsmoduls zum Mobilfunknetz ist von der jeweiligen Netzabdeckung und Verfügbarkeit der Netzprovider abhängig.

³ | EQS 450+ | Energieverbrauch kombiniert: 19,9–16,4 kWh/100 km | CO₂-Emissionen kombiniert: 0 g/km | CO₂-Klasse: A

KOMMENTAR

Die Wärmepumpen-Krise

Ausgerechnet Viessmann, der Branchenprimus unter den deutschen Wärmepumpen-Herstellern, hat kürzlich für einen Teil der 4000 Mitarbeiter im hessischen Allendorf Kurzarbeit angemeldet...

MICHAEL FABRICIUS

meplanung. Was war jetzt falsch? Die Berichterstattung über Wärmepumpen, Technik, Kosten und fehlendes Know-how? Oder die Herangehensweise des Gesetzgebers...

Die Wärmepumpe ist eine effiziente Technologie, die in den meisten Gebäuden gut funktioniert - wenn die räumlichen und technischen Voraussetzungen gegeben sind...

Der Bundesverband Wärmepumpe sowie einige Marktbeobachter sehen die Ursache für die Wärmepumpen-Flaute, die sich in schlechten Absatzzahlen der Branche nicht etwa bei den Strategien der Hersteller...

Dieser Erklärungsansatz ist zutiefst paternalistisch. Glaubt die Heizungsbranche ernsthaft, dass Hauseigentümer nicht rechnen können...

Auch die pauschale Kritik an Medienberichten entbehrt jeder Grundlage. Erinnern wir uns: Die Ampel-Koalition hatte im März 2023 einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht...

Es war eine Quasi-Wärmepumpenpflicht, die der damalige Wirtschaftsstaatssekretär Patrick Graichen (Grüne) wochenlang auch als solche beschrieb und rechtfertigte...

1. Die Anschaffungs- und Installationskosten sind mit mindestens 30.000 Euro, je nach Region auch 40.000 Euro und mehr, unverhältnismäßig hoch.

2. Asiatische Hersteller und inzwischen einige Energie-Start-ups bieten wesentlich günstigere Geräte. Deren Einbau wird von vielen Installateuren jedoch nicht durchgeführt...

3. Das Wirtschaftsministerium hat Ende Dezember 2023 entschieden, dass eine Woche später, ab Anfang 2024, die KfW für die Heizungsförderung zuständig sein soll...

4. Das Fördergeld wird mit monatelanger Verzögerung ausgezahlt, man muss den Betrag also vorstrecken.

5. Der Strompreis in Deutschland ist grob gerechnet dreimal so hoch wie der Gaspreis. Auch in absehbarer Zeit wird der Strompreis nicht sinken...

Diese Punkte gehen alle auf das Konto von Politik und Industrie. Zumindest die KfW-Förderung dürfte ab September für alle reibungslos laufen...

michael.fabricius@welt.de

Trump oder Biden. Labour oder Tories. Macron, Le Pen oder Mélenchon. So sehr sich all die Opponenten bei den aufsehenerregenden Wahlen dieses Jahres unterscheiden mögen...

VON FRANK STOCKER

Schon seit der Finanzkrise ab 2007 sind die Schuldenquoten der Staaten in die Höhe geschossen. So betrug die Gesamtverschuldung Frankreichs 2007 noch 64,5 Prozent der Wirtschaftsleistung...

Die Summe der Staatsschulden weltweit hat sich seit 2007 mehr als verdreifacht auf inzwischen knapp 100 Billionen Dollar - und eine Trendwende ist nicht in Sicht...

„Die USA machen riesige Schulden, obwohl es keinen Grund dafür gibt“, sagt David Kohl, Chefvolkswirt der Schweizer Privatbank Julius Bär...

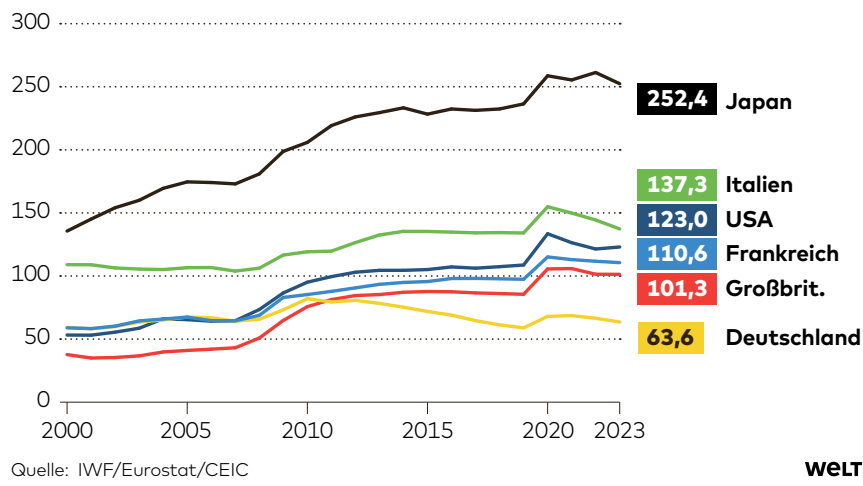
Die Gesamtverschuldung werde parallel um weitere 17 Prozentpunkte steigen und fast 140 Prozent betragen - das wären griechische Verhältnisse...

„CRASH mit Ansage“

Die Staatsschulden steigen weltweit immer schneller - vor allem in den USA, aber auch in Europa. Eine Finanzkrise kommt in Sichtweite

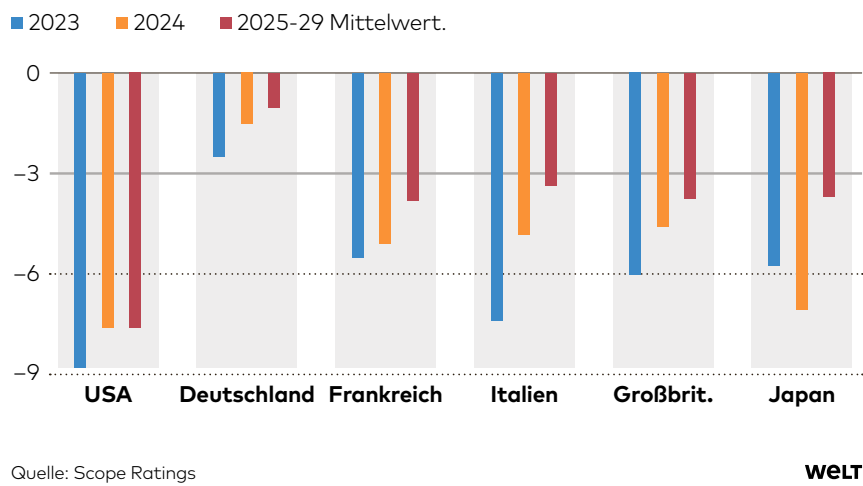
Immer höher

Staatsschuldung in Prozent des BIP



Drei-Prozent-Ziel in weiter Ferne

Neuverschuldung in Prozent des BIP



Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds - mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

17.07.24 Währung ISIN Rückn. 3J. Perf.

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

Table listing ESG funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics. Includes Deka Investments logo.

Metzler Asset Management GmbH

Table listing Metzler funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ÖKOWORLD

Table listing ÖKOWORLD funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Union Investment

Table listing Union Investment funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Table listing Leipzig funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

C&P Funds (Creutz & Partners)

Table listing C&P Funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Commerz Real

Table listing Commerz Real funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

DAVIS FUNDS SICAV

Table listing Davis Funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Ardeco CF

Table listing Ardeco CF funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Die besten Mischfonds im Vergleich

Table comparing top mixed funds with columns for title, ISIN, price, 6M, 1Y, 3Y, 5Y performance, and fees.

Deka International (Lux)

Table listing Deka International funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Gutmann Kapitalanlage

Table listing Gutmann Kapitalanlage funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Deka Immobilieninvest

Table listing Deka Immobilieninvest funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Table listing Deka Vermögensmanagement funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

LRI Invest S.A.

Table listing LRI Invest S.A. funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

MEAG

Table listing MEAG funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Metzler Asset Management GmbH

Table listing Metzler Asset Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ODDO BHF Asset Management

Table listing ODDO BHF Asset Management funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

HAL MultiAsset

Table listing HAL MultiAsset funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

IPConcept (Luxembourg) S.A.

Table listing IPConcept (Luxembourg) S.A. funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

ten die extrem niedrigen Zinsen die Voraussetzung für einen relativ einfachen Abbau der Schuldenquoten. Doch nur Deutschland nutzte das für den Schuldenabbau.

Die USA und praktisch alle anderen Industriestaaten sahen das dagegen als Einladung für weitere Schulden, auch in Europa. „Die Entwicklung der Staatsfinanzen in der Euro-Zone macht uns zunehmend Sorgen“...

Wenn diese explodiert, sieht das jedoch anders aus als bei klassischen überschuldeten Nationen, die irgendwann zahlungsunfähig werden. Die großen Währungsblöcke der westlichen Industriestaaten können nicht pleitegehen...

In abgeschwächter Form rechnet Busch damit in den USA: „Beispielsweise sollte es künftig öfter vorkommen, dass enttäuschend verlaufende US-Treasury-Auktionen zu steigenden Renditen führen und generell eine höhere Risikoprämie eingepreist wird.“

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Table listing various investment products with columns for name, ISIN, and performance metrics.

Union Investment Luxemburg

Table listing Union Investment Luxemburg funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Union Invest Real Estate

Table listing Union Invest Real Estate funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Universal Lux.

Table listing Universal Lux. funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

W&W Int. Asset Mgmt. Dublin

Table listing W&W Int. Asset Mgmt. Dublin funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Warburg Invest

Table listing Warburg Invest funds with columns for fund name, ISIN, and performance metrics.

Sonstige

Table listing other investment products with columns for name, ISIN, and performance metrics.



